

**Besuchereinladung:**

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Verpflichtungserklärung zur Vorlage bei der Deutschen Botschaft lediglich die Bonität bestätigt. Mit der Anerkennung ist keine Zustimmung zur Erteilung eines Visums verbunden. Über einen Visumsantrag entscheidet die Deutsche Botschaft.

Abgabe einer Verpflichtungserklärung bei einem bestehenden Aufenthaltstitel zum Zweck des/r \_\_\_\_\_

## Antrag auf Anerkennung einer Verpflichtungserklärung

(Bitte in **DRUCKBUCHSTABEN** ausfüllen)

Ich, der/die Unterzeichnende

\_\_\_\_\_  
Name (ggf. auch Geburtsname) und sämtliche Vornamen

\_\_\_\_\_  
Geburtsdatum-/ort

\_\_\_\_\_  
Staatsangehörigkeit

Pass

Personalausweis-Nr.

\_\_\_\_\_  
Beruf

\_\_\_\_\_  
Adresse

**möchte mich gegenüber der Ausländerbehörde verpflichten, für Herrn/Frau**

\_\_\_\_\_  
Name (ggf. auch Geburtsname) und sämtliche Vornamen

\_\_\_\_\_  
Geburtsdatum-/ort

\_\_\_\_\_  
Staatsangehörigkeit

\_\_\_\_\_  
Pass/Personalausweis-Nr.

\_\_\_\_\_  
Verwandtschaftsbeziehung

\_\_\_\_\_  
Adresse (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer, Kreis, Land)

**Anzahl der im letzten Jahr abgegebenen Verpflichtungserklärungen** \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Familiename (n), Vorname (n)

\_\_\_\_\_  
Datum der Ausstellung der abgegebenen Verpflichtungserklärung(en)

vom Beginn der voraussichtlichen Visumsgültigkeit am \_\_\_\_\_ bis zur Beendigung des Aufenthalts für die Dauer von \_\_\_\_\_ Monaten.

Ich erkläre ausdrücklich gegenüber der Ausländerbehörde, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung dieser aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.

Nach § 68 des Aufenthaltsgesetz die Kosten für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung im Krankheitsfalle und Pflegebedürftigkeit und die Kosten für die Ausreise o.G. Ausländers/Ausländer zu tragen.

**Des Weiteren erkläre ich, dass ich für folgende Personen ( Ehefrau, Kinder, Eltern ) unterhaltspflichtig bin:**

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname, Geburtsdatum

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname, Geburtsdatum

**Antragstellerin/Antragsteller**

**Beizubringen sind folgende Unterlagen:**

- Einkommensnachweis über monatliches Nettoeinkommen
- Wohnraumbescheinigung
- Pass oder Personalausweis

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

**Gebühr: 29,- €**

**Bitte Rückseite beachten!**

## **Erklärung des Verpflichtungsgebers vor der ABH Backnang / AV zur Abgabe der Verpflichtungserklärung**

vom: .....

**„Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:**

### **1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungserklärung**

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z.B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat oder im Hotel) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, sowie die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der Verpflichtungsgeber hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen. Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebekosten sind z.B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

### **2. Dauer der eingegangenen Verpflichtung**

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des zugrunde liegenden Aufenthaltstitels auf den gesamten sich der Einreise anschließenden Aufenthalt, auch auf Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts.

Im Regelfall endet die Verpflichtung mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthaltes oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltszweck durch einen anderen ersetzt und dafür ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wurde.

### **3. Vollstreckbarkeit**

Die aufgewendeten öffentlichen Mittel können im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.

### **4. Freiwilligkeit der Angaben**

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann. Ich wurde von der Ausländerbehörde / Auslandsvertretung auf den Umfang und die Dauer der Haftung hingewiesen, die Möglichkeit von Versicherungsschutz sowie die zwangsweise Beitreibung der aufgewendeten Kosten im Wege der Vollstreckung, soweit ich meiner Verpflichtung nicht nachkomme.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z.B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe). Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gemäß § 69 Absatz 2 Nummer 2h AufenthV gespeichert werden.

Ich wurde drauf hingewiesen, dass eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eine Kopie gefertigt werden sollte.

Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden. „Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden und einen Abdruck davon erhalten habe.

**Unterschrift des sich Verpflichtenden:** \_\_\_\_\_

Datum, Name, Vorname